Zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsanwaltschaft im Kreis

Bereits vor längerer Zeit haben Nehmer / Wostry / Zenner (NJ 1967 S. 752) wertvolle Anregungen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Rechtspflege- und Sicherheitsorgane gegeben. Sie orientierten insbesondere darauf, die Öffentlichkeitsarbeit stärker als bisher zum Bestandteil der Führungstätigkeit zu machen. Darum haben wir uns in der Staatsanwaltschaft des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirksgericht und der Volkspolizeiinspektion, Abt. K., bemüht. Zunächst mußten wir uns mit einigen ideologischen und begrifflichen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit auseinandersetzen. So war z. B. zu klären, daß sich die Öffentlichkeitsarbeit harmonisch in das System der Bekämpfung und Verhütung der Kriminalität einfügt und ihr Inhalt daher maßgeblich von den Schwerpunktaufgaben der Bekämpfung der Kriminalität und anderer Rechtsverletzungen bestimmt wird. Die Öffentlichkeitsarbeit muß dazu beitragen, das sozialistische Rechtsbewußtsein der Bürger zu entwickeln und zu festigen, sie umfassend über Probleme der Rechtspflege zu informieren und für die aktive Mitarbeit in der sozialistischen Rechtspflege zu gewinnen. Dabei konzentrieren wir uns auf Vorträge und Aussprachen sowie auf die betrieblichen Publikationsmittel (Betriebszeitung und -funk), aber auch auf die Tagespresse der Hauptstadt. Rundfunk und Fernsehen sowie andere Tages- und Wochenzeitungen werden nur in besonderen Fällen von der Öffentlichkeitsarbeit erfaßt.

Großen Einfluß auf die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit in unserem Stadtbezirk nahmen die Grundorganisationen der SED in den Rechtspflege- und Sicherheitsorganen. Auch in dieser Hinsicht haben sich gemeinsame Sitzungen der Parteileitungen und gemeinsame Mitgliederversammlungen bewährt. Dabei wurden nicht nur Erfahrungen ausgetauscht, sondern es wurde zugleich die spezifische Verantwortung jedes Rechtspflegeorgans für die Öffentlichkeitsarbeit durchgesetzt.

Wesentlich verbessert wurde z. B. die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft mit dem Kreisvorstand der Urania. Die rechtspolitische und rechtspropagandistische Tätigkeit der Staatsanwaltschaft wurde mit den Veranstaltungen der Urania koordiniert. Dadurch war es auch möglich, die staatsanwaltschaftliche Tätigkeit in dieser Hinsicht langfristig thematisch zu planen und wirksamer zu gestalten. Das betrifft insbesondere Themenreihen zur Jugendkriminalität, zur Kriminalitätsvermeidung und zur Verantwortlichkeit

im Gesundheits- und Arbeitsschutz, die Gegenstand zahlreicher Aussprachen mit der Bevölkerung waren.

Eine ähnliche gute Zusammenarbeit gibt es mit den Ausschüssen der Nationalen Front, der Vereinigung Demokratischer Juristen und dem DFD.

Sehr gut hat sich die Arbeit der Staatsanwaltschaft mit den Betriebszeitungen der strukturbestimmten Betriebe des Stadtbezirks entwickelt. Auf der Grundlage einer Konzeption, die von der Staatsanwaltschaft entworfen worden war, fand zunächst eine Beratung mit den verantwortlichen Redakteuren der Betriebszeitungen statt. Vereinbart wurde, daß die Betriebszeitungen von den Rechtspflegeorganen regelmäßig über Ursachen und Bedingungen von Strafrechtsverletzungen, Methoden der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Betrieb, die Mitwirkung der Bürger an der Strafrechtspflege und über Strafsachen, die im Zusammenhang mit dem Betriebsgeschehen stehen, informiert werden. Anfangs überwogen noch eigene Publikationen der Staatsanwaltschaft in den Betriebszeitungen. Doch im Laufe der Zeit änderte sich das. Durch die gute Unterstützung und Information der Redakteure der Betriebszeitungen wurden diese immer besser be-

fähigt, selbst über die Probleme der Bekämpfung der Kriminalität als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu schreiben. So konnte erreicht werden, daß in den Betriebszeitungen über Gerichtsverhandlungen vor erweiterter Öffentlichkeit, über die Arbeit der Konfliktkommissionen und über Entwicklungstendenzen der Kriminalität in den Betrieben berichtet wird.

Angeregt durch die von Merseburg ausgegangene Initiative sind wir nunmehr bemüht, auch eine planvolle und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln. Der Staatsanwalt, der im Kreis (Stadtbezirk) für die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit der Rechtspflegeorgane verantwortlich ist, stützt sich dabei auf das Publikationsaktiv der Rechtspflegeorgane. Wenn es auch gegenwärtig noch eine Reihe von Schwächen in der Arbeit dieses Aktivs gibt, so sind wir doch davon überzeugt, daß es die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Rechtspflegeorganen und zwischen ihnen und den Redaktionen fördern wird. Vor allem wird es erforderlich sein, daß z. B. Journalisten an den Beratungen des Publikationsaktivs teilnehmen, damit die Erfahrungen der Rechtspflegeorgane schnell der Öffentlichkeit bekannt werden.

ALFRED STEPHAN, Staatsanwalt
des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg

Wann bedarf es eines Hinweises auf veränderte Rechtslage nach § 236 StPO?

Das Bezirksgericht Rostock hat in einer Strafsache gerügt, daß das Kreisgericht im erstinstanzlichen Verfahren die Fahrerlaubnis gemäß § 54 StGB eingezogen hatte, obwohl der Angeklagte weder durch die Anklageschrift und den Eröffnungsbeschuß noch in der Hauptverhandlung gemäß § 236 StPO auf die Möglichkeit der Anwendung des § 54 StGB hingewiesen worden war. Das Bezirksgericht meint, daß hierin eine elementare Beschränkung des Rechts auf Verteidigung liege und deshalb ein Fall der notwendigen Aufhebung und Zurückverweisung nach § 300 StPO gegeben sei.

Dieser Rechtsauffassung, gegen die bereits Pfeufer auf der 23. Plenartagung des Obersten Gerichts polemisiert hat (NJ 1969 S. 437), vermag das Kollegium für Strafsachen des Obersten Gerichts nicht zu folgen. Dabei kann es im folgenden dahingestellt bleiben, inwieweit in dem Unterlassen eines nach § 236 StPO gebotenen Hinweises überhaupt eine so gravierende Beeinträchtigung des Rechts auf Verteidigung zu erblicken ist, daß stets eine Aufhebung und Zurückverweisung nach § 300 StPO erfolgen muß, denn im Zu-

sammenhang mit dem Fahrerlaubnisentzug geht es gar nicht um einen Fall einer veränderten Rechtslage.

Nach § 236 StPO ist ein Angeklagter auf die veränderte Rechtslage hinzuweisen, wenn der durch Anklageschrift und Eröffnungsbeschuß in tatsächlicher Hinsicht bestimmte Sachverhalt möglicherweise einer anderen rechtlichen Beurteilung unterliegt und deshalb eine Verurteilung auch nach einem anderen als dem im Eröffnungsbeschuß bezeichneten Gesetz erfolgen kann.

Diese Bestimmung ist Ausdruck des umfassenden Rechts auf Verteidigung. Damit wird vermieden, daß ein Angeklagter von einer Verurteilung überrascht wird, deren rechtliche Grundlage ihm nicht bekannt geworden ist. Ein Hinweis auf veränderte Rechtslage ist also nicht nur auf die Fälle beschränkt, in denen die Anwendung einer anderen Strafnorm zu einer strengeren Maßnahme der strafrechtlichen Verantwortlichkeit führen kann. Er ist auch dann geboten, wenn möglicherweise ein milderes Strafgesetz zur Anwendung kommen kann. Auch in diesen Fällen muß ein Angeklagter die Möglich-